

EU-Parlament stimmt für Verbot von Plastik-Einwegartikeln

Mit einem Verbot von Trinkhalmen, Einweggeschirr und anderen Wegwerfprodukten aus Plastik will die EU der Verschmutzung der Ozeane durch Kunststoffmüll den Kampf ansagen. Einem entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission hat das EU-Parlament am Mittwoch zugestimmt.

24.10.2018 / 15:11 / von: sda/ano

Die neue Regelung wurde mit grosser Mehrheit angenommen: Insgesamt stimmten 571 Abgeordnete dafür, 53 votierten dagegen und 34 enthielten sich. Die geplante Neuregelung sieht vor, eine Reihe von Einwegprodukten, für die es bereits Alternativen gibt, ab 2021 ganz aus der EU zu verbannen. Für Verpackungen oder Trinkbecher, die nicht unter das Verbot fallen, fordert das EU-Parlament ein Reduktionsziel von 25 Prozent bis 2025.

RADIO TOP im Interview mit Rainer Bunge, Professor für Umwelttechnik an der Hochschule Rapperswil:



Die Schweiz hat mit dem Plastik kein Problem. Das sagt Rainer Bunge, Professor für Umwelttechnik an der Hochschule Rapperswil. Deshalb seien diese Massnahmen zwar wichtig für Europa, aber nicht nötig für die Schweiz.

Die EU-Parlamentarier weiteten die von der EU-Kommission vorgelegte Produktliste noch aus: Nach ihrem Willen sollen auch dünne Plastiktüten und geschäumte Polystyrol-Einwegbehälter, die etwa in Fast-Food-Restaurants verwendet werden, unter das Verbot fallen. Ausserdem fordert das EU-Parlament, die Zahl der Zigarettenfilter, die Plastik enthalten, bis 2025 um 50 und bis 2030 um 80 Prozent zu reduzieren.

Plastikflaschen sollen der Vorlage zufolge separat gesammelt werden. Ausserdem sollen die Mitgliedstaaten die Auflage bekommen, bis 2025 Einweg-Plastikflaschen zu 90 Prozent wiederzuverwerten. Neu verkaufte Flaschen sollen dann zu mindestens 35 Prozent aus recyceltem Material bestehen - damit wertvolle Rohmaterialien nicht verschwendet werden.

Die EU-Staaten sollen zudem dafür sorgen, dass mindesten 50 Prozent der Fischernetze, die in den Meeren treiben, eingesammelt werden. Bis 2025 soll dafür eine Recyclingquote von mindestens 15 Prozent vorgeschrieben werden.

Ferner verlangt das EU-Parlament, dass die Hersteller von Zigaretten und Fischereigeräten an den Kosten für das Sammeln, Recyceln sowie die Säuberung der Meere und Strände beteiligt werden. Ein einziger Zigarettenfilter könne zwischen 500 und tausend Liter Wasser verschmutzen und benötige bis zu zwölf Jahre, um sich aufzulösen, begründete das EU-Parlament diese Forderung.

Die Umweltminister der EU-Staaten wollen sich nach Angaben eines Diplomaten in Brüssel noch vor Jahresende auf eine gemeinsame Position verständigen. Danach können die Verhandlungen zwischen Vertretern des Parlaments, der Mitgliedsstaaten und der EU-Kommission beginnen.

Das EU-Parlament hofft auf eine definitive Verabschiedung der neuen Regeln noch vor den Europawahlen im Mai. Anschliessend haben die EU-Staaten zwei Jahre Zeit, um die neuen Vorschriften ins nationale Recht umzusetzen.

Nach Angaben der Brüsseler Kommission fallen in der EU jährlich 26 Millionen Tonnen Plastikmüll an. EU-weit wird derzeit weniger als ein Drittel des entsorgten Plastiks derzeit recycelt.

Laut EU-Kommission bestehen 85 Prozent des Mülls in den Meeren aus Plastik. Die Hälfte davon sind demnach Einwegprodukte, ein Viertel stammt von Fischern. Über die Nahrungskette gelangt der Müll auch zurück auf die Teller der Konsumenten. Experten befürchten, dass es 2050 mehr Plastik als Fisch in den Weltmeeren geben könnte.